Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2652**
15. Wahlperiode 09. 03. 2004

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Joachim Hörster, Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Dr. Klaus Rose, Volker Rühe, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Uhl, Willy Wimmer (Neuss), Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Siegfried Helias, Volker Kauder, Rudolf Kraus, Conny Mayer (Baiersbronn), Laurenz Meyer (Hamm), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Peter Weiß (Emmendingen), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Einfluss internationaler Institutionen auf die Weltinnenpolitik nimmt kontinuierlich zu. Musterbeispiele auf globaler Ebene sind die Welthandelsorganisation (WTO), deren Regelsetzung und Streitschlichtung den Welthandel auf neue Grundlagen gestellt hat, und der Internationale Währungsfonds (IWF), der großen Einfluss auf die monetären Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Schwellenländern und Ländern der Dritten Welt hat. Größte Bedeutung für Deutschland hat die Europäische Union, die immer mehr nationale Regelungskompetenzen der EU-Mitgliedstaaten übernimmt. So sind z. B. mit der Einführung des Euro wesentliche Aufgaben der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen worden. Die Beispiele verdeutlichen, dass die nahezu unübersehbare Anzahl multi- und supranationaler Einrichtungen immer tiefer und umfassender in unser alltägliches Leben eingreift.

Deshalb ist es für die Mitgliedstaaten in diesen Institutionen unerlässlich, deren Politik genau zu verfolgen und sinnvoll mitzugestalten. Die bloße Mitgliedschaft in den institutionellen Lenkungsgremien reicht hierfür allerdings nicht aus. Zum einen werden die Mechanismen und Inhalte heutiger Politikentscheidungen auf internationaler Ebene immer komplexer. Ein Wissens- und Erfahrungsschatz ist gefordert, der häufig nur in den Institutionen selbst vorhanden ist oder maßgeblich nur dort aufgebaut werden kann. Zum anderen ist man auf kooperationsbereite Ansprechpartner in den internationalen Organisationen angewiesen, will man sich als Mitgliedstaat frühzeitig bei der Vorbereitung und Ausformulierung von deren Politik einbringen. Dies erfordert erstens die Existenz eines Netzwerks von deutschen Mitarbeitern in internationalen Organisationen, die im Rahmen einer umfassenden Personalstrategie der Bundesregierung an ihre internationalen Aufgaben herangeführt wurden und während

ihrer dortigen Laufbahn zielgerichtet gefördert werden, und zweitens einen Pool an deutschen Experten, die in internationale Organisationen abgeordnet werden können.

Dem widerspricht, dass Deutschland nach wie vor im Vergleich zu anderen Ländern und insbesondere zu seinen finanziellen Beiträgen in vielen internationalen Organisationen nicht angemessen genug repräsentiert ist. Dies veranschaulichen beispielhaft die folgenden Zahlen von Anfang 2003, die Deutschlands Beitragsquote in Relation zu seinem Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst setzen:

	Beitragsquote	Personalanteil
EU-Kommision:	23 Prozent	12,3 Prozent
ESA:	25,9 Prozent	19,5 Prozent
UN-Sekretariat:	9,85 Prozent	5,2 Prozent
UNDP:	3,53 Prozent	2,5 Prozent
IAEO:	9,6 Prozent	5,2 Prozent
Weltbank:	4,5 Prozent	2,9 Prozent
IWF:	6,1 Prozent	5,1 Prozent

Im Gegensatz zu Deutschland kommt Frankreich in der EU-Kommission z. B. auf 15,5 Prozent Personalanteil bei 19,3 Prozent Beitragsquote.

Darüber hinaus bemängeln Fachleute, dass es Deutschland nicht wie z. B. Frankreich, Großbritannien oder den USA gelingt, seine in internationalen Organisationen tätigen Landsleute mit der Agenda der deutschen Politik vertraut zu machen. Schließlich nutze Deutschland kaum das Humankapital, das in Rückkehrern aus internationalen Organisationen stecke.

Hand in Hand gehen diese Kritikpunkte mit der Beobachtung, dass eine systematische Personalpolitik der Bundesregierung gegenüber internationalen Organisationen höchstens in Ansätzen erkennbar ist. Offensichtlich ist die Personalpolitik zur Verbesserung der Anzahl und Karriereentwicklung der Deutschen in internationalen Organisationen bisher eher reaktiv betrieben worden. Vernünftige Reformansätze, wie z. B. die Einführung des „Spiralmodells“ in der deutschen Ministerialadministration sind bisher im personalpolitischen Tagesgeschäft stecken geblieben. Maßnahmen wie die Einrichtung der informellen Staatssekretärsrunde „Deutsches Personal in internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen“ im Bundeskanzleramt oder der Stabsstelle „Koordinator für Internationale Personalpolitik“ im Auswärtigen Amt bzw. die Durchführung von Vorbereitungskursen für Auswahlverfahren von internationalen Organisationen beschreiten den richtigen Weg, sind aber im Hinblick auf die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden deutschen Personalstrategie für internationale Organisationen völlig unzureichend.

Es ist höchste Zeit, Defizite in der deutschen Personalpolitik gegenüber internationalen Organisationen umfassend zu identifizieren und Veränderungen vorzuschlagen, wie aus vereinzelten Handlungsansätzen ein System der Personal- und Nachwuchsförderung sowie der Nutzung des Rückkehrerkapitals entstehen kann. Am Ende muss eine angemessene deutsche Präsenz in internationalen Organisationen und eine konsequente Nutzung des Wissens über die Arbeit von internationalen Organisationen stehen.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unter Einbeziehung der Bundesländer eine langfristig angelegte deutsche Personalstrategie für eine verbesserte Positionierung deutschen Personals in

internationalen Organisationen sowohl bezüglich Spitzenpositionen wie auch im Hinblick auf Laufbahn- und Nachwuchsbeamte auszuarbeiten und umzusetzen. Insbesondere sollte die Förderung von deutschen Bewerbern bei internationalen Organisationen ausgebaut werden, z. B. mittels Initiativen in Anlehnung an das „European Fast-Stream"-Programm des britischen Foreign and Commenwealth Office oder an die NATO-Praktika für junge Beamtinnen und Beamte;

2. in der Bundesregierung eine personell ausreichend ausgestattete Arbeitseinheit zu installieren, die den zukünftigen Personalbedarf und die Personalentwicklung in internationalen Organisationen fortlaufend analysiert und damit die Informationsgrundlage zur stetigen Aktualisierung der unter Nummer 1 erwähnten Personalstrategie schafft;

3. die Aufnahme einer befristeten Arbeit in internationalen Organisationen für Deutsche attraktiver zu machen mittels

   – einer konsequenteren Anwendung des „Spiralmodells". Bestandteil des Modells muss der Aufbau einer ausreichend großen Personalreserve vor allem im Auswärtigen Amt sein, ähnlich wie es Politik des britischen Foreign and Commenwealth Office ist;

   – vor allem einer verbesserten Reintegration zurückkehrender deutscher Bediensteter aus internationalen Organisationen;

   – einer verbesserten Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft;

   – der Entwicklung eines Konzepts zur systematischeren Nutzung der Erfahrung von Rückkehrern bei der Besetzung wichtiger Inlandspositionen mit internationalem Bezug;

4. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und deutschen Hochschulen eine Initiative zur Verbesserung der Ausrichtung der Regelstudiengänge, postuniversitären Kurse und Praktika an deutschen Hochschulen auf eine Tätigkeit in internationalen Organisationen zu starten;

5. über die Ständigen Vertretungen und beteiligten Ressorts ein Netzwerk mit den Deutschen in den internationalen Organisationen aufzubauen, über das Informationen beispielsweise zum zukünftigen Personalbedarf aus der jeweiligen Organisation abgefragt werden können;

6. das Programm für beigeordnete Sachverständige als einziges strategisches Personalinstrument der Bundesregierung zur Erleichterung des Einstiegs deutscher Nachwuchskräfte in internationale Organisationen deutlich auszuweiten;

7. dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht vorzulegen, in dem über die aktuellen Entwicklungen beim deutschen Personal in internationalen Organisationen im Vergleich zu unseren Partnerländern, bei den Rückkehrern aus internationalen Organisationen in die Bundes- oder Landesadministration, bei der Förderung des deutschen Nachwuchses für internationale Organisationen sowie beim Aufbau von Netzwerken mit Deutschen in internationalen Organisationen berichtet wird.

Berlin, den 9. März 2004

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333